

Laibacher Zeitung.

Nr. 34.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 11. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Februar d. J. dem disponiblen Oberlandesgerichtsrathe Karl Marouschek aus Anlass seiner Veretzung in den zeitlichen Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und erspriesslichen Dienstleistung allergnädigst bekanntgeben zu lassen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. Jänner d. J. den Domscholasticus Johann Steger zum Domdechant des Domcapitels zu Brixen allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. Jänner d. J. den Ehrendechant, bischöflichen Bezirksvicar und Schuldistrictsaufseher in Horic Joseph Ledu zum Ehrencanonicus an der Kathedrale in Königgrätz allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Justizministerium hat eine bei dem böhmischen Oberlandesgerichte erledigte Rathsecretärstelle dem dortigen Rathsecretärs-Adjuncten Johann Wenisich verliehen.

Am 6. Februar 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XI. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 23 die kaiserliche Verordnung vom 4. Februar 1867, womit für die Sprengel der nachbenannten Bezirksamter Tirols die zwei Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 des Reichsgesetzblattes, zeitweilig außer Wirksamkeit gesetzt werden. (W. Ztg. Nr. 31 v. 6. Februar.)

Am 8. Februar 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 24 die Circularverordnung des Kriegsministeriums vom 26. Jänner 1867 über die Durchführung des in Bundesrathes erlassenen Gesetzes vom 14. December 1866 und dessen Einführung in der Militärgrenze;

Nr. 25 die Verordnung des Justizministeriums vom 5. Februar 1867 über die Aufstellung von reinen Bezirksgerichten im Herzogthume Salzburg;

Nr. 26 das kaiserliche Patent vom 7. Februar 1867 für Böhmen, Dalmatien, Galizien, Lodomerien mit Kratau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradiška, und Triest mit seinem Gebiete. (W. Ztg. Nr. 33 v. 8. Februar.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 11. Februar.

Der Reichsrath der cisleithanischen Länder soll, wie gemeldet wurde, im Monate März zusammentreten, um die Verfassungsfrage nun definitiv ihrer Lösung zuzuführen, und schon begegnet man Stimmen, welche die Competenz dieses Reichsrathes zur Revision der Verfassung in Frage zu stellen suchen. Gegen diese wendet sich das „N. Frdblt.“ in einem „der legale Reichsrath“ überschriebenen Artikel, dem wir die vorzüglichsten Stellen hier entnehmen:

„Die volle Gleichartigkeit des Reichsrathes von 1861 mit demjenigen, der im März dieses Jahres zusammentreten wird, — sagt das citirte Blatt — läßt es nicht recht begreiflich erscheinen, wie es noch Stimmen geben kann, welche diesen Reichsrath als incompetent zur Revision der Verfassung bezeichnen und die deutschen Abgeordneten auffordern, diesfalls Beschlüsse zu fassen. Wenn die Vertretung der cisleithanischen Länder im Jahre 1861 — und eine andere Vertretung war doch damals nicht einberufen — sich für berechtigt hielt, die Februar-Verfassung anzunehmen, warum sollte sie nicht auch berechtigt sein, eine Abänderung dieses Grundgesetzes vorzunehmen? Damals hätte sie eher Bedenken tragen können, die Verfassung als endgiltig anzunehmen, denn es ließ sich noch nicht bestimmen, welche Aenderungen mit dem etwaigen Eintritte der Vertreter der Länder jenseits der Leitha vorzunehmen waren. Der damaligen Annahme der Februar-Verfassung lag also der Contumacirungsgedanke zu Grunde, oder die Meinung, daß der Reichsrath die Verfassung nur für die vertretenen Länder annehme.

Zum Contumacirungsprincip werden sich heute wohl nur wenige steifleinene Centralisten bekennen, und zwar nicht bloß aus Gründen politischer Klugheit, sondern weil im Verlaufe des Kampfes für das eigene Verfas-

sungsrecht die Achtung vor dem Verfassungsrechte Ungarns große Fortschritte gemacht hat. Es ist so ziemlich aller Welt klar geworden, daß nur die Mißachtung gegen das Verfassungsrecht Ungarns, welche diesseits der Leitha stark genug hervorgetreten war, die Regierung veranlassen konnte, sich einige Zeit auch über das diesseitige Verfassungsrecht hinwegzusetzen. Erst seitdem die deutschen Länder Ungarns Recht zu respectiren begannen und einzig auf die Herstellung des eigenen Verfassungsrechtes pochten, wurde anstatt der Sistirung beider Rechte der Restituirung beider Folge gegeben.

Der stillschweigende Grundgedanke von 1861, daß der Reichsrath die Februar-Verfassung nur für die vertretenen Länder annahm, tritt daher jetzt ganz offen hervor, theils weil allenthalben das ungarische Verfassungs- und Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird, theils weil nach den Erlebnissen der sechsjährigen constitutionellen Periode die damals noch mögliche Hoffnung vereitelt ist, daß es gelingen könnte, auf die eine oder andere Art die Länder jenseits der Leitha zur Annahme der Verfassung und zum Eintritt in den Reichsrath zu vermögen.

Die Sistirungspolitik, welche von diesem Grundgedanken des Reichsrathes von 1861 bei der Annahme der Verfassung abfiel, konnte daher von einer Fiction sprechen, und zwar sowohl vom rechtlichen als vom praktischen Standpunkte. Vom rechtlichen Standpunkte bezeichnete sie die Februar-Verfassung als eine Fiction, weil sie in ein anderes, älteres Recht eingriff, und vom praktischen Standpunkte, weil die Contumacirung einer Reichshälfte nicht ausführbar war. Diejenigen, welche gegen den engeren Reichsrath bezüglich der Verfassungsrevision die Legalität anrufen und auf der Berufung des Gesamtreiches bestehen, sehen also gar nicht, wie sehr sie ihrer Berechtigung ins Fleisch schneiden. Wir glauben vielmehr, daß gerade der engere Reichsrath, der Reichsrath von 1861, derselbe, der die Verfassung angenommen hat, eigentlich berechtigt ist zur Revision, denn es ist sein Werk, das er ändert, und er ändert es auf Grund seines Rechtes und seiner Interessen, sowie der ungarische Reichstag seine Verfassung auf gleichen Grundlagen abändert. Diesen Standpunkt zu wahren, ist sogar für die Sicherung unserer Rechte geboten; denn hier kann uns weder eine Fiction, noch eine Rücksicht auf andere Rechte entgegengesetzt werden. Auf diesem Standpunkte sind wir so stark, wie der ungarische Landtag bei allen Phasen und Ereignissen, die etwa noch bis zur Vollendung des Ausgleichwerkes und in späterer Zeit eintreten könnten.

Der Wortlaut der Februar-Verfassung steht dieser Auffassung nicht entgegen. Im Paragraph 10, welcher den Wirkungsbereich des gesamten Reichsrathes specificirt, ist die Revision der Verfassung nicht angeführt. Die Bestimmung über die Art, wie eine Verfassungsänderung vorgenommen werden kann, ist im § 14 verzeichnet, und die betreffende Bestimmung spricht weder vom weiteren noch vom engeren Reichsrathe. Es läßt sich sogar annehmen, daß der Gesetzgeber bei den eigenthümlichen Verhältnissen Oesterreichs an die Möglichkeit einer Verfassungsänderung durch den engeren Reichsrath gedacht hat, denn während in der ersten Alinea des § 14 von der Gültigkeit der Beschlüsse des gesamten und des engeren Reichsrathes gesprochen wird, ist in der zweiten, auf die Verfassungsrevision sich beziehenden Alinea die Nennung des Vertretungskörpers vermieden worden. Eine zufällige Vergeßlichkeit läßt sich aber bei einer so schwer wiegenden Bestimmung, die zu den größten Bewegungen und Conflicten Anlaß geben kann, gewiß nicht unterstellen.

Man ist daher nicht berechtigt, zu behaupten, daß diejenigen, die mit dem engeren Reichsrath zufrieden sind, denselben Acte vollziehen lassen, die ihm verfassungsmäßig nicht zustehen; wir sind vielmehr der Ansicht, daß der engere Reichsrath vollkommen legal und nach unseren Voraussetzungen einzig legal ist.

Oesterreich.

Wien. Bezüglich der Zustände in Südtirol hört die „Presse“: Das italienische Cabinet selbst sei es gewesen, welches in freundschaftlicher Weise unsere Regierung vor drohenden Ausbrüchen in Südtirol gewarnt hat, und bemerkt dann weiter: „Das Cabinet Victor Emanuels sucht überhaupt jeden der bisher so zahlreichen Herde der revolutionären Bewegung auszulöschen, damit dem neuen Staate endlich die so ersuchte Segnung einer längeren Ruhe zu Theil werde.“

— Betreffs eines mit der Schweiz abzuschließenden Handelsvertrages heißt es, daß Oesterreich und die Schweiz gegenseitig nichts beanspruchen und gewähren, als die Stellung der meist begünstigten Nation. Die Regelung der eigentlichen Zollfrage ist nur noch eine Formalität. Schwieriger sind die Bestimmungen über die sonstigen Erleichterungen des Verkehrs, namentlich über den Straßenbau zwischen Tirol und Graubünden und die Regulirung des Rheinstromes oberhalb des Bodensee's. Hoffentlich wird die längst begehrte Straßenverbindung zwischen Graubünden und dem Etschthale hergestellt werden, zumal die Schweiz mit ihrer gewöhnlichen Liberalität auf diesem Gebiete die Hauptkosten tragen will und Oesterreich zunächst nur eine kaum zwei Stunden lange Straße auf ziemlich ebener Thalsohle herzustellen hat. Um noch größere Interessen als bei der Straße vom Engadin ins Münsterthal handelt es sich bei der Correction des Rheins. Diese für die Schweiz wie Vorarlberg gleich wichtige Frage wird gewiß, wie die Gürtelbahnfrage, in kürzester Zeit gelöst werden. — Ueber den Eintritt Oesterreichs in den Münzverein ist noch kein definitiver Entschluß gefaßt, gewiß ist, daß die Fragen der Münzreform und der Goldwährung in den Ministerien des Handels und der Finanzen bearbeitet werden.

West, 6. Februar. (N. Fr. Pr.) Die Schlussitzung der Siebenundsechziger-Commission, der Zahl nach die achte, ward heute Mittags unter dem Vorsitze des Grafen Julius Andrássy abgehalten. Zu Beginn der Sitzung gelangte ein Brief zur Verlesung, welcher ein eigenthümliches Zeichen jenes Widerstrebens ist, mit dem sich die Opposition der Majorität fügt. Es ist dies ein Schreiben des Abgeordneten Gabriel Barady, worin derselbe erklärt, daß er, durch Krankheit ans Bett gefesselt, den Sitzungen der Commission nicht anwohnen könnte, daß er aber sowohl mit seinen Ansichten als auch mit seiner Stimme sich der Minorität anschließe. Es entstand eine Discussion darüber, ob und in welcher Weise diese Kundgebung zur Kenntniß zu nehmen sei. Auf Deak's Vorschlag wurde dahin entschieden, das Schreiben sei als Meinungsäußerung zur Kenntniß zu nehmen, doch werde dasselbe als votum nicht in Betracht gezogen. Soviel hat Barady erreicht, daß sein „Protest“ im stenographischen Protokoll der Commission erscheinen wird. Es ist übrigens mehr als wahrscheinlich, daß, wenn Barady gesund gewesen, die heutige Sitzung kaum die Schlussitzung gewesen wäre. Esengery verlas nun den Entwurf, welcher mit Beseitigung eines Vorschlages auf Aenderungen in der Alinea-Theilung unverändert authentisirt wurde. Derselbe wird nunmehr in Druck gelegt und, wie Deak vorschlägt, durch Esengery dem Hause vorgelegt werden. Außerdem erklärt Deak, das Haus habe die Commission nicht nur mit der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfes, sondern auch mit der Entwurfung einer Adresse an Se. Majestät betraut, worin die Gründe anzuführen wären, weshalb der Reichstag weder das October-Diplom noch das Februar-Patent annehmen könne. Er glaube, daß dies heute nicht mehr nöthig sei. (Zustimmung.) Zum Schlusse drückt Graf Andrássy den Commissions-Mitgliedern seinen Dank für die ihm als Präsidenten gewährte Unterstützung aus, und die Sitzung wird nach einstündiger Dauer geschlossen. Morgen halten die Mitglieder der Commissions-Minorität eine Conferenz, in welcher die Redaction eines Minoritäts-Entwurfes beraten wird.

— Der „Lloyd“ schreibt: „Seit einigen Tagen gehen bereits fertige Ministerlisten von Mund zu Mund. Gegen eine solche verfrühte Vertheilung der Portefeuilles haben wir jedoch so viel einzuwenden, daß erst die officielle Ernennung des Minister-Präsidenten erfolgen muß, ehe zur Besetzung der einzelnen Ministerposten geschritten werden kann. Wenn Deak von Wien zurückgekehrt sein wird, werden sich, wie wir hören, Graf Andrássy, Baron Cötvös und Lonhay dahin begeben, und bei diesem Anlasse dürfte dann die officielle Ernennung des ungarischen Ministeriums erfolgen. Die von der Partei vereinbarte Liste besitzt noch einige Lücken, welche hoffentlich bis dahin ausgefüllt sein werden. Vorläufig werden genannt: Graf Julius Andrássy als Präsident des Ministerrathes und Kriegsminister, Baron Bela Wentheim Minister des Innern mit den drei Sections-Chefs Gedeon Tamarthy (für Ungarn), Karl Zeyl (für Siebenbürgen) und dem gegenwärtigen Bihar Obergespan Joseph Szlavay (für die Polizei), Melchior Lonhay Finanzminister, Cötvös Cultus, Paul Somssich Handelsminister und Graf Emerich Miko Minister der Communicationen mit Ernest Hollan als Staatssecretär.“

— 7. Februar. „Hon“ schreibt: Die von dem ungarischen Agriculturvereine für die Pariser Ausstellung gewählten Landescommissäre wurden von Seiner Majestät dem Kaiser allerhöchst bestätigt. Diese Commissäre sind: Paul Terey, Ludwig Rosa und Emerich Henslmann.

Agram, 8. Februar. Se. Eminenz Cardinal von Haulik hat, nach dem „R. V.“, das an der Pariser Ausstellung prämierte Kunstproduct Ferkorns, die Statue des heil. Georg, erhandelt und wird dieselbe am Eingange seines Parkes Jurjaves (Maximir) aufstellen lassen. — Se. Eminenz hat ferner dem Kloster in Livno in der Herzegovina 100 fl., dem St. Cyril und Method-Vereine zur Unterstützung der Lehrjugend in Karlsstadt 200 fl. gespendet. — Nach dem von den „Mar. Novine“ gebrachten Intimat des h. l. Sathaltereicraths an die Comitats- und Stadtunicipien hat derselbe v. J. an die Hofkanzlei um Einführung des statuten Catasters in Croation und Slavonien auch vor der Reorganisation des bestehenden Steuersystems repräsentirt, indem der Stabilcataster einzig geeignet ist, ein gerechtes Substrat zur Besteuerung zu bieten. Das Finanzministerium hat nun auf Verwendung der l. Hofkanzlei entschieden, die Catastral-Detailvermessungen neben den Tarifen des Grundsteuerprovisoriums zur Steuerbasis zu nehmen und diesfällige Reclamationen zu bewilligen. Dabei werden alle nach der Einführung des Provisoriums entstandenen Veränderungen in der Agriculturweise berücksichtigt und alle bis nun bestandenen Differenzen durch Vermessungen ausgeglichen, um vollkommene Evidenz zu erlangen. Bei diesem Geschäfte werden die Gemeinden nur in der Amendirung des Besitzstandes und Identificirung der Parzellen mitzuwirken haben. Unterdessen werden die individuellen Steuerentwürfe im Wege der localen Revision auf Beschwerden wegen Ueberbürdung amendirt. Endlich kann den in momentaner Noth befindlichen Contribuenten ausnahmsweise Erleichterung, ja auch Nachlassung des Steuerrückstandes bewilligt werden. Dabei kann der heurige Frühjahrserreis als den Steuernachschuß bedingendes Elementarereigniß ausnahmsweise angesehen werden.

Ausland.

Berlin. Der „N. Allg. Ztg.“ zufolge haben die Regierungen von Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Meiningen angezeigt, daß sie sich der Publication des Eröffnungstermines für das norddeutsche Parlament angeschlossen haben. — Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Aus Preußen und andern deutschen Staaten sind in der letzten Zeit häufig Personen in der Voraussehung nach den Donau-Fürstenthümern gegangen, daß sie, in Folge der Wahl eines deutschen Prinzen zum Fürsten von Rumänien, dort Gelegenheit finden würden, im Staats- oder Hofdienst angestellt zu werden. Sie sind meistens ohne alle Kenntniß der Landessprache, welche doch unbedingte Voraussetzung ist, um eine Verwendung als Beamter finden zu können. Diese Leute würden also auch in dem Falle keine Anstellung erhalten können, daß Vacanzen vorhanden wären. Dies ist aber, sicheren Mittheilungen zufolge, durchaus nicht der Fall, und namentlich sind die vorhandenen Hofämter längst besetzt. Es wird deshalb vor ferneren Auswanderungen dieser Art gewarnt.“

— 7. Februar. Der König empfing heute den Grafen von Flandern und machte ihm sodann einen Gegenbesuch. Nachmittags fand ein Ehrendiner im königlichen Palais statt. — Der König erteilte dem italienischen Gesandten Barral im Beisein des Grafen Bismarck die Abschiedsaudienz. — Das Abgeordnetenhaus hat nach dem Commissionsantrage das Genossenschaftsgesetz in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung angenommen. Abgeordneter Schulze (Berlin) befürwortet die baldige Einführung des Gesetzes in den neuen Provinzen.

— 8. Februar. Gestern Abends von 6 bis 9 Uhr hat eine Conferenz der Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes stattgefunden, worauf dieselben sich zu einer Soirée begaben, welche der Kronprinz zu Ehren des Grafen von Flandern veranstaltete. Heute 11 Uhr Vormittags fand die Schlußverhandlung statt. Herr v. Savigny gibt ein Abschiedsdiner, an welchem sämtliche Minister theilnehmen. Schon heute Abends wollen mehrere Bevollmächtigte Berlin verlassen. — In beiden Landtagshäusern wurde die königliche Botschaft verlesen, welche die Landtagsmitglieder zu dem morgen 1 Uhr durch den König erfolgenden Schluß der Session einladet. Der Präsident des Abgeordnetenhauses sagte in der Schlußrede: Ueber die Arbeiten in dieser Session wird das Volk und die Geschichte richten. Die Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung in allen Hauptfragen bürgt für den festen Willen des preussischen Volkes, einig mit der Krone und der Verfassung in die neue Lage muthig einzutreten, welche der Krieg des Jahres 1866 dem preussischen Staate geschaffen hat.

Ueber die tendenziösen Rüstungsgerüchte, die jetzt wieder von Berlin aus in Umlauf gesetzt werden, wird den „Köln. Bl.“ von dort geschrieben: Die an verschiedenen Stellen der „Köln. Ztg.“ wiederholt auftauchende Nachricht über angeblich russisch-österreichische Rüstungen ist der Ausdruck eines Wunsches, welcher in

den Oesterreich feindlichen Regionen allerdings besteht. Man hält dort einen russisch-österreichischen und in dessen Folge einen europäischen Krieg für möglich zur „Consolidirung“ Deutschlands und zum völligen Ruin Oesterreichs. Die Aussprengung von Gerüchten über Kriegsrüstungen und Gegenrüstungen ist nur ein (nicht mehr neues) Mittel zu solchen Zwecken. Plan und Methode lassen sich leicht erkennen. Man fing damit an, von österreichischen Rüstungen und Truppenmärschen zu fabeln, und fährt jetzt mit russischen fort. Die „Priorität“ wird wiederum Oesterreich zugeschrieben. Schon vor sechs Wochen wurden dergleichen Nachrichten von „Reisenden“ mit unerkennbarer Absichtlichkeit und Planmäßigkeit mündlich colportirt. Mit eigenen Augen wollten sie die „enormen Truppenmassen“ gesehen haben, die in Galizien angehäuft seien. Dergleichen Manöver haben früher zuweilen gewirkt; sie dienen bald als Heymittel, bald zur Aufregung, bald zur Täuschung des Publicums. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie diesmal eine dieser Wirkungen haben werden. Publicum und Diplomaten erkennen die Absicht und werden anders gestimmt, als die Erfinder und Verbreiter der Gerüchte wünschen.

München, 7. Februar. Die heutige „Baierische Ztg.“ meldet amtlich die Aufhebung aller und jeder Erhebung von Abgaben für die Rhein-Schiffahrt baierischerseits vom 1. Jänner 1867 ab, gemäß des Friedensvertrages vom 22. August 1866, nachdem von den übrigen deutschen Rheinuferstaaten gleichzeitig gleiche Maßregeln getroffen wurden.

— 8. Februar. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer erklärte der Kriegsminister bei der Debatte über das Kriegslasten-Ausgleichsgesetz: Es erübrigen vom Militärcredit, der 31 Millionen betrug, trotz der kurzen Dauer des Krieges kaum über 5 Millionen Gulden.

Florenz, 7. Februar. Der König empfing heute den Freiherrn von Rübe in besonderer Audienz, welcher seine Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Oesterreichs überreichte. — Der Justiz- und der Finanzminister wurden eingeladen, der morgen stattfindenden Sitzung der Commission für den Gesetzentwurf bezüglich der Freiheit der Kirche beizuwohnen.

Genua, 6. Februar. „Corr. merc.“ registriert das Zurückbleiben des Verkehrs im Hafen von Genua im Vergleich zu jenem von Triest und sagt, daß sich auch auf diesem Gebiete jener Mangel an Thätigkeit geltend mache, der in Italien so vieles verderbe.

Aus Rom berichtet der „Moniteur“ von unsicheren und energischen Maßregeln, welche die päpstliche Regierung seit dem Abzuge der französischen Expeditionstruppen ergriffen hat, um die Ruhe und Ordnung im Innern zu erhalten. So hat der Waffenminister die Reservelandsmannschaften wieder hergestellt, die schon vor 1848 bestanden hatten. Es sind dies sämtlich Freiwillige, die in den einzelnen Provinzen je ein Bataillon von sechs Compagnien bilden sollen. Bereits besteht in dem District Grosinone ein Bataillon von 500 Mann. Außerdem sind Streifwachen, sogenannte Squadrille, aus Gemeindewächtern, Förstern und geeigneten Privatleuten gebildet worden, um namentlich die Grenzen abzugehen und auf alle Bewegungen der Räuber ein scharfes Auge zu haben. Man hofft, daß diese Maßregeln einen guten Eindruck hervorbringen und zur Ausrottung des Räuberwesens viel beitragen werden. Nach den letzten Nachrichten war die wichtigste der noch das Feld haltenden Banden, die des Cipriani, in den Santa Francesca-Bergen bei Grosinone eingeschlossen.

Paris, 8. Februar. Aus bester Quelle wird berichtet, daß der Zeitungsstempel für alle Blätter ohne Ausnahme auf drei Centimes festgesetzt wird. Für gewisse Preßvergehen wird die Zurechtweisung für die meisten Preßvergehen das Zuchtpolizeigericht competent erklärt.

— 8. Februar. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein kaiserliches Decret, welches die Beziehungen des Senates und gesetzgebenden Körpers zu dem Kaiser und dem Staatsrath regelt und die organischen Verhältnisse ihrer Arbeiten feststellt. Dieses Reglement enthält Abänderungen des früheren Reglements, welche in Folge des kaiserlichen Decretes vom 19. Jänner nothwendig geworden sind, und stellt, wie schon früher gemeldet, die Tribüne wieder her.

— Während „Avenir National“ mittheilt, daß der Herzog und die Herzogin von Montpensier sich anschicken, mit ihren Kindern Spanien zu verlassen, da ihnen Narvaez die Weisung zukommen ließ, daß sie vor dem 12. Februar die Grenze überschritten haben müssen, meldet die „France“, daß die Differenz, welche zwischen dem Herzog von Montpensier und dem spanischen Hofe sich gebildet hatte, geschlichtet worden ist. Die Bemerkungen, welche der Herzog der Königin gemacht hatte, waren ganz persönlicher Art und trugen keineswegs das Gepräge einer Feindseligkeit gegen die Regierung.

St. Petersburg, 8. Februar. Die heutige „Senats-Zeitung“ schreibt: Vom 1. Jänner an ist in der Armee eine Gehaltserhöhung eingetreten. Die Regimentscommandeure erhalten 720 bis 1200 Rubel, die Bataillonschefs 360 Rubel und die übrigen Officiere von 138 bis 320 Rubel.

Nachrichten aus New-York, 26. v. M., melden: Die Justizcommission wird vor Ende der Session keinen

Bericht über die gegen den Präsidenten Johnson zu erhebende Klage einreichen. Man sagt, daß Surratt über die Mitschuld des Präsidenten Johnson an der Ermordung von Abraham Lincoln verhört werden soll. Die Gesetzgebung von Indiana hat das Amendement zur Constitution ratificirt. Die Gesetzgebung von Tennessee hat den Negern das Stimmrecht bewilligt. Der oberste Gerichtshof dieses Staates soll untersuchen, ob diese Maßregel verfassungsmäßig ist. — Die canadische Regierung hat beschaffen, die Entschädigungsforderungen für den von der fenischen Expedition angerichteten Schaden zu befriedigen und alsdann in Washington Rückvergütung zu verlangen. — Der „Opinion Nationale“ wird über die Absichten Johnson's berichtet, daß derselbe entschlossen wäre, die in den Südstaaten gewählten Senatoren und Mitglieder des Congresses nach Washington einzuberufen. Er würde dann eine Proclamation veröffentlichen, in welcher er erklärte, daß kein Act des Congresses Giltigkeit haben könne, so lange ein Drittheil der Staaten von demselben ausgeschlossen bliebe, und daß er alle seine Entschließungen für nichtig betrachten werde, so lange irgend ein Staat von der Nationalvertretung ferngehalten würde. Das wäre der nackte Staatsstreich.

Tagesneuigkeiten.

— (Staatsnoten zu 50 fl.) Am 7 v. M. wurden bei den k. k. Cassen bereits Staatsnoten zu 50 fl. ausgegeben. Diese Geldzeichen können sowohl mit Rücksicht auf die Zeichnung als Ausführung besonders gelungen genannt werden. Auf der Vorderseite sind die Stärke und das Geseß figurlich dargestellt. Die Stärke durch einen geharnischten Ritter, welcher auf sein Schwert gestützt, gleichsam zum Kampfe herausfordert, und zu dessen Füßen ein Löwe kniet. Das Geseß durch eine weibliche Figur in antiker Gewandung, welche in der rechten Hand das aufgeschlagene Geseßbuch hält; zu den Füßen derselben windet sich ein Drache. Die Rückseite ist besonders hübsch ausgeführt. Zwei Genien in blaßgrünen Tinten dargestellt, den Ueberfluß und das Geseß repräsentirend, umschlingen die Nummer 50, welche in bräunlich-rother Farbe bekränzt erscheint.

— (Räuber Udmancic.) Die „Agr. Ztg.“ meldet: Die königliche Hofkanzlei hat die für die Zustandebringung des Räubers Udmancic bestimmte Taglia von 1000 auf 2000 fl. erhöht. Derselbe wird noch um den von Privatpersonen zugesprochenen Betrag von 700 fl. vermehrt.

— (Kraubatsfall.) In Steiermark tauchen Raubansfälle und Diebstähle in letzterer Zeit in gesteigerter Anzahl auf. So wurde am 3. Februar in Kraubat während des vormittägigen Gottesdienstes ein Bauernhaus von drei unbekannten Männern gewaltsam erbrochen. Einer davon, in einen Jägermantel gekleidet, verfügte sich zu der allein anwesenden bettlägerigen Auszüglerin und drohte ihr, eine Pistole auf sie anzuschlagen, daß er sie todtschieße, wenn sie schreie, und blieb bei ihrem Lager stehen; die anderen zwei aber erbrachen Kassen und Truhen und raubten an Silber- und Papiergeld, so viel zu finden war.

— (Deak's Feder.) An Deak gelangte am 6. v. M. die Zuschrift eines Birminghamer Stahlfederfabricanten, welcher zwei Stahlfedern mit der Prägung: „Deak tolla“ (Deak's Feder) und eine 15-Pfundnote beigelegt war. In der Zuschrift ersucht der Fabricant, daß Deak die Federn versuchen und eine derselben approbiren, zugleich aber ihm, dem Fabricanten, das Recht zugeschieben möge, das wohlgetroffene Porträt des Führers der ungarischen Nation auf die Enveloppes der Feder prägen zu dürfen. Wohl wissend jedoch, daß Deak die Einkünfte, welche aus den von ihm angefertigten Porträts erfließen, ausschließlich der Armuth zuwenden, schloß er zu letzterem Behufe obige 15-Pfundnote bei.

— (Admiral Tegetthof in New-York.) Der „New-York Herald“ bespricht aus Anlaß der Ankunft des Vice-Admiral Tegetthof in New-York die Laufbahn desselben mit der höchsten Anerkennung. Er habe sich, sagt das Blatt, den höchsten Ruhm erworben, den irgend ein europäischer Seemann seit den Tagen Nelsons in Anspruch nehmen kann. In seinen Zügen findet „New-York Herald“ eine große Ähnlichkeit mit General Grant. Sie tragen den nämlichen Ausdruck festen Willens und mannhafter Entschlossenheit, während der Admiral in geselligem Umgange eben so liebenswürdig und bescheiden sei, wie der General-Lieutenant. Vice-Admiral Tegetthof wird, bevor er nach Europa zurückkehrt, Washington und den Westen besuchen; vor seiner Abreise von New-York aber wird, wie „New-York Herald“ berichtet, wahrscheinlich eine Demonstration stattfinden, um ihm die Bewunderung des amerikanischen Volkes für seinen unerschütterlichen Muth auszudrücken.

— (Schwarzer Schnee.) Laut den Bänder Blättern ist zu dem weißen und rothen Schnee nun auch schwarzer gekommen. Derselbe wurde in der Gegend von Lingen, im Canton Graubünden, bemerkt. Wie dieselben Blätter berichten, beruht dieses Phänomen auf dem massenhaften Vorkommen eines winzig kleinen Thierchens, des Schneefloh's, einer Abart des Gletscherfloh's. Auch im Jänner 1856 hat man diese Erscheinung beobachtet, als nach strenger Kälte plötzlich Föhn eintrat.

— (Pariser Ausstellung.) Die Arbeiten im Innern der Ausstellungsräume schreiten rüstig vorwärts. Den Ausstellungs-Commissären wird fortwährend eingepreßt, daß die Ausstellung unter jeder Bedingung am 1. April v. J. eröffnet werden wird. Ununterbrochen wird gegenwärtig an der Ausstellung der Kisten gearbeitet, und in

dieser Beziehung halten Frankreich, England, Belgien und die Schweiz so ziemlich gleichen Fortschritt. Auch Rußland spaltet sich. Von Rußland sind eigene Arbeiter, Tischler, nach Paris mit den bereits vollendeten Kästen entsendet worden, welche sowohl nach dem Holze als nach der Bauart besonderes Interesse erregen.

(Anerkannt und doch bestritten.) Vor kurzer Zeit kam der Erbe eines alten englischen Baronetstitels, der, ein junger Mann, bei Lebzeiten seines Vaters seine Heimat verlassen und seit langen Jahren todt gesagt war, plötzlich aus Australien, wo er alle diese Zeit über in der untersten Classe der Gesellschaft existirt und in diesen Kreisen sich verheiratet hatte, zurück und beanspruchte seinen Rang und sein Vermögen. Von seiner Mutter anerkannt, weil er mit derselben in Paris, während sich der Inhaber seines Erbes auf einen Rechtsstreit rühtet, in welchem der Anklömmling eine scharfe Probe seiner Identität zu bestehen haben wird.

(Sechzig Menschen verunglückt.) Die Zahl der auf dem Mississippi so häufigen Schiffsunfälle hat wieder einen besagten Zuwachs erhalten. Der Dampfer „Platte Valley“ stieß bei Vicksburg auf ein Brack und sank in 3 Minuten, wobei 60 Menschen ums Leben kamen.

(Ein bestohlener Finanzminister.) Als der Präsident Johnson am Neujahrstage die Beamten, die Mitglieder beider Häuser des Congresses und das diplomatische Corps im Weißen Hause zu Washington empfing, ereignete sich der nur in Amerika mögliche Fall, daß dem General Spinner, Schatzmeister der Vereinigten Staaten, das Portemonnaie gestohlen wurde. Es enthielt nur etwa hundert Dollars; wahrscheinlich rechnete der Dieb bei einer so hochgestellten Person auf eine reichere Beute.

(Postverbindung zwischen St. Petersburg und Peking.) Nach einer Mitteilung der kaiserlich russischen Postverwaltung ist eine Postverbindung zwischen St. Petersburg und Peking, resp. Tien-Tsin in China auf dem Landwege durch Sibirien eingerichtet. Die Abfertigung der sibirischen Post nach Kiachta erfolgt aus Petersburg zweimal wöchentlich; die Beförderungsfrist ist auf fünf Wochen festgesetzt. Von Kiachta wird viermal monatlich eine Post nach Peking und Tien-Tsin abgefertigt; dieselbe trifft nach ungefähr 13 Tagen in Peking ein.

Locales.

(Militärisches.) Der Kaiser hat den Friedensstand des Geniestabes mit 4 Generalen, 52 Stabsofficieren, 74 Hauptleuten und 19 Oberleutenants festgesetzt und angeordnet, daß die Geniedirection zu Budweis bei Ueberweisung der Geschäfte derselben an die Geniedirection zu Prag, jene zu Salzburg, Semlin und Sebenico aber unter Zuweisung derselben an die Geniedirectionen zu Linz, beziehungsweise Peterwardein und Zara, aufzulassen sind, wogegen zu Laibach eine eigene Geniedirection zu errichten ist.

(Anton Alexander Graf Auerperg) wurde, wie aus Graz gemeldet wird, von der Handels- und Gewerbelammer in Leoben zum Landtagsabgeordneten in den steirischen Landtag gewählt. — Ferner meldet die Grazer „Tagespost“ vom 8. d.: Die Stadtgemeinde Graz zählt seit gestern eine Persönlichkeit zu ihren Angehörigen, auf die sie wahrhaft stolz sein kann — Herrn Anton Alexander Grafen von Auerperg, welcher über sein Einsichreiben in den Verband der Gemeinde Graz aufgenommen wurde.

(Aufhebung der Findelanstalt.) Der hohe Landesauschuß hat an den Verein der Aerzte in Krain das Ersuchen gestellt, sein Gutachten bezüglich der Aufhebung der Findelanstalt abzugeben.

(Vereinsnachrichten.) Nächsten Freitag v. i. am 15. d. M. findet eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach in dessen Mueallocale statt. Programm: a. innere Angelegenheiten — darunter die Wahl eines Comité behufs Abgabe eines Gutachtens über die Modalitäten der Aufhebung der Findelanstalt; b. wissenschaftliche Vorträge: 1. Kinderhospitaldirector Dr. Kovac: Mittheilungen aus der Kinderpraxis; 2. Zahnarzt Engländer: über das Zahnen der Kinder; 3. Primararzt Dr. Fuz: chirurgische Demonstrationen.

(Sühnl'sche Militär-Waisensitzung.) Beim hiesigen Stadtmagistrate kommt die vom verstorbenen k. k. Oberstleutnant Josef Sühnl errichtete Stiftung mit 50 fl. für das Jahr 1867 zur Verleihung. Anspruch hierauf hat ein vom Militär abstammendes vaterloses, armes Kind, hellicher oder unehelicher Geburt, und sind die diesfälligen Gesuche bis 10. März d. J. zu überreichen.

(Maskenball.) Der gestern in den Räumen der landschaftl. Redoute abgehaltene Maskenball war von nahezu 400 Personen besucht, die sich bis zum frühen Morgen dem Carnevalsvergnügen hingaben. Freilich waren darunter nur wenige Masken, was beim ersten Verluhe nicht anders zu erwarten war, und dürfte schon der nächste ein regeres Bild des Maskenlebens bieten, da, wie wir vernahmen, sich bereits eine größere Gesellschaft verabredet hat, denselben en masse maskirt zu besuchen. Das Arrangement war schon gestern ein allen Bedürfnissen Rechnung tragendes, und das sehr gut besetzte Orchester unter der tüchtigen Leitung des Herrn Zappe, welcher die neuesten Tanzpièces zur Aufführung brachte, recht brav.

(Theater.) Boieldieu's „Weiße Frau“ ging vorgestern nach einem Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren auf unserer Bühne wieder einmal in Scene und erfreute sich beim Publicum, das sich wohl auch aus Vorliebe für die

Beneficiantin Frä. Uch ungemein zahlreich eingefunden hatte, einer überaus günstigen Aufnahme. Neben dem an diese reizende Oper sich knüpfenden Interesse im allgemeinen war es aber auch die im Ganzen tadellose, anständige Aufführung derselben, die ihr einen so guten Erfolg sichern mußte, zu welchem alle Mitwirkenden nach ihren Kräften beitrugen. Das meiste Verdienst dabei gebührt jedoch unstreitig Herrn Ander, der den Georg Brown in Gesang und Spiel trefflich gab und insbesondere mit dem Soldatenliede („Ha, welche Lust, Soldat zu sein“) im ersten und der Cavatine im zweiten Acte den meisten Beifall erntete und auch durch mehrmaligen Hervorruf ausgezeichnet wurde. Auch die Beneficiantin Frä. Uch („Jenny“), die bei ihrem Auftreten vom Publicum auf das freundlichste begrüßt wurde, führte ihre reizende Partie recht brav durch, was ebenso von Herrn Melus („Gaveston“) gilt, der die Arie im zweiten Acte insbesondere mit durchgreifendem Erfolge sang. Desgleichen verdient das „Spinnlied“ des Frä. Pächler („Margaretha“) lobende Erwähnung. Die Leistungen des Herrn Podhorsky („Ditson“) und des Frä. Blum („Anna“) schlossen sich den übrigen ebenbürtig an, nur trat bei letzterer eine theilweise Indisposition hervor, die einem günstigeren Eindruck abträglich war. Die Ensembles waren durchgehends recht befriedigend und auch der Chor hatte seine Aufgabe ganz wacker gelöst.

(Veränderungen im Clerus der Laibacher Diocese.) Die Pfarre Aich wurde dem Herrn Leopold Albrecht, Pfarrer in Bründel, verliehen; letztere Pfarre ist auf den 9. d. M. zur Besetzung ausgeschrieben. Herr Johann Jan kommt als Cooperator nach Bilschgraz.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Laibach. Am 13. Februar. Franz Raigel, Lucas Bajzel, Anton Kuralt und Johann Kalan: Schwere körperliche Beschädigung. — Am 14. Februar. Johann Dolenc und Lucas Deb.vc: Diebstahl; Mathias Jento: Deffentliche Gewaltthätigkeit. — Am 15. Februar. Johann Pauc und Valentin Jento: Schwere körperliche Beschädigung; Johann Klemenz und Franz Klemenz: Diebstahl; Mathias Pac: Schwere körperliche Beschädigung.

(Naturschau.) Die Haselstaube (Corylus Avellana) flüßet bereits. Der Huslatti (Tussilago Petasites), das fleischrothe Haidekraut (Erica carnea), der Frühlingsaffra (Crocus vernus) stehen in Blüthe. Den 10. wurden starke Züge der Ringeltaube (Columba Palumbus) gesehen. Die Feldlerche (Alauda arvensis) ist schon längere Zeit hier.

Neueste Post.

Der Telegraph brachte heute den Wortlaut der Thronrede, mit welcher der König von Preußen den Landtag schloß. Die Rede trägt im Ganzen einen friedlichen Charakter, und der größte Theil derselben ist der Rundschau auf die Session und den Vorberathungen für die Organisation der annectirten Provinzen, sowie deren Vertretung gewidmet. Am Schlusse der Rede erwähnt der König, daß der Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes von allen mit Preußen verbundenen Regierungen angenommen worden sei, welcher Entwurf in der Rede als Grundlage einer wesentlichen Organisation Deutschlands bezeichnet wird. Dies läßt allerdings keine andere Deutung zu, als daß die Schöpfung des norddeutschen Bundes nur ein Uebergangsstadium sei. Indessen versäumt es der König nicht, auf die Segnungen hinzuweisen, zu welchen Deutschland berufen sei, sobald es seinen Frieden nach Innen und nach Außen zu wahren versteht. Ueber die Beziehungen zum Auslande schweigt die Rede gänzlich, und mag sich in dieser Reserve die freie Hand abspiegeln, die sich Preußen, was seine Haltung der großen europäischen Angelegenheiten gegenüber anbelangt, bisher gewahrt hat.

Dem „Tagesboten“ geht die authentische Mittheilung zu, daß noch im Laufe dieses Monats eine Verordnung des k. k. Handelsministeriums erscheinen wird, welche das Porto für Fahrpostsendungen bei kleineren Entfernungen auf zwei Drittel, bei größeren auf weniger als die Hälfte des bisherigen Tarifsatzes herabsetzt. Auch sollen Erleichterungen in Bezug auf die Benützung der Postanstalt zur Einhebung von Nachnahmen, zur Auszahlung von Geldern u. s. w. bevorstehen.

Telegramme.

Berlin, 9. Februar. Der König ertheilte Nachmittags im Beisein des Grafen Bismarck und Herrn v. Savigny's den Bevollmächtigten der norddeutschen Bundesstaaten die Abschiedsaudienz. — Dem Landtagschlusse wohnten die Königin und die Kronprinzessin mit ihrem ältesten Sohne, sämtlichen Prinzen, der Graf von Flandern, Prinz Wilhelm von Baden, die Botschafter von Frankreich und England, dann die Gesandten von Rußland und Dänemark bei. — Im Saale waren etwa 300 Landtagsmitglieder anwesend. Beim Eintritte des Königs brachte der Präsident des Herrenhauses Graf Stolberg, beim Abgange desselben der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Forckenbeck Hochs aus.

Berlin, 9. Februar. Der „Staatsanzeiger“ zeigt die allseitige Genehmigung des norddeutschen Verfassungsentwurfes an und fügt hinzu: Die einzelnen Regierungen übertrugen bereitwillig ihren Theil von Sonderrech-

ten an das deutsche Gemeinwesen, welches die Sicherheit und die nationale Entwicklung verbürgt. Preußen beanspruchte für die Leitung des Bundes nur die unentbehrlichsten Rechte. Der Artikel hebt besonders die verständliche Haltung Sachsens bei den Verhandlungen hervor.

Dresden, 9. Februar. Die zweite Kammer beschloß, die Staatsregierung zu ermächtigen, das Salzmonopol zu der von Seite Preußens festgestellten Frist aufzuheben und das Salzwesen vorläufig im Verordnungswege vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages dem preußischen Vorgange conform zu ordnen.

München, 9. Februar (9 Uhr 20 Minuten Abends). Soeben ist Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich, vom Könige, der Königin-Mutter, den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen und herzoglichen Hauses zur Bahn geleitet, nach Wien abgereist.

Helsingfors, 8. Februar. Die Adresse an den Kaiser wurde von dem Landtage angenommen. Die Adresse hebt den Erlaß einer Lokalitätsadresse hervor. Der finnländische Landtag beschloß, den Kaiser anlässlich seiner Lebensrettung zu beglückwünschen.

Triest, 8. Februar. Die heute eingetroffene ostindisch-chinesische Ueberlandpost meldet: Mohammedanische Rebellen nahmen vier Städte in der Provinz Kianghi ein. Die preußische Corvette „Vineta“ ist in Shanghai angekommen; andere preußische Schiffe werden erwartet, da Preußen gemeinschaftlich mit anderen Seemächten gegen die Piraten vorgehen will. Die Mienfeirebellen nähern sich Hankow. — Aus Bombay vom 19. Jänner wird gemeldet: Die Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Birma blieben resultatlos, da der König seine Monopole nicht aufgeben will.

Telegraphische Wechselcourse

vom 9. Februar.

5perc. Metalliques 62.10. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 64.40. — 5perc. National-Anlehen 71.30. — Bankactien 747. — Creditactien 186.30. — 1860er Staatsanlehen 89. — Silber 127. — London 128.75. — A. L. Ducaten 6.07.

Geschäfts-Zeitung.

(Arbeiter Industrie-Ausstellung.) Die Arbeiter Industrie-Ausstellung wird in den Monaten August und September in Wien abgehalten werden. Das betreffende Comité hat von der Direction der Gartenbaugesellschaft bereits die Zusicherung der Localitäten für die zur Zusammenkunft dieser Ausstellung bestimmte Zeit erhalten und sich mit einzelnen Abgeordneten aus den Arbeiterkreisen veräußert. Von einzelnen Arbeitern wurden übrigens schon Ausstellungsgesuchsanträge angemeldet, die für die Arbeiter Industrie-Ausstellung im Jahre 1866 nicht mehr eingeliefert werden konnten, und auch solche, die während des Zeitraums zwischen der ersten und der heurigen Ausstellung eigens für diese Ausstellung angefertigt worden sind. Die Ursachen, weshalb im vorigen Jahre keine Arbeiter Industrie-Ausstellung stattfinden konnte, liegen ohnehin Jedermann klar vor Augen.

Laibach, 9. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 1 Wagen mit Heu (24 Ctr. 20 Pfd.), 60 Wagen und 3 Schiffe (17 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wtt.	Wgt.		Wtt.	Wgt.	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen pr. Metzen	6 80	7 82	Butter pr. Pfund	—	42	—
Korn	4 40	4 40	Eier pr. Stück	—	2	—
Gerste	3 60	3 62	Milch pr. Maß	—	10	—
Hafer	1 90	2 —	Rindfleisch pr. Pfd.	—	18	—
Halbfrucht	—	5 57	Kalbsteisch	—	22	—
Heiden	3 40	3 45	Schweinefleisch	—	18	—
Hirse	2 80	3 27	Schöpfenfleisch	—	13	—
Kukuruz	—	4 —	Schäbdel pr. Stück	—	35	—
Erbsen	2 30	—	Lauben	—	15	—
Linsen	5 80	—	Heu pr. Zentner	1 20	—	—
Erbsen	6 —	—	Stroh	—	80	—
Wiesen	6 —	—	Holz, hart, „ pr. Kst.	—	7 50	—
Rindschmalz Pfd.	—	45	— weiches, „	—	5 50	—
Schweinefleisch	—	40	Wein, rother, pr.	—	14	—
Speck, frisch, „	—	32	Eimer	—	15	—
— geräuchert „	—	40	— weißer „	—	15	—

Angelkommene Fremde.

Am 8. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Reiß, Buchhalter, und Baron Michaelburg, k. k. Lieutenant, von Wien. — Königsberger, Kaufm., von Jäth. — Stamitz, Handelsm., von Gottschee. — Frau Unterhuber, Gutsbesitzerin, von Triest.

Mohren. Herr Schibil, Dachhändler, von Sagorje.

Theater.

Heute Montag den 11. Februar: Das bemooste Haupt.

Charaktergemälde in 4 Acten von Benedix.

Morgen Dienstag den 12. Februar: Zum Vortheile des Komikers Herrn A. Schurz: Orpheus in der Unterwelt.

Operette in 4 Acten von Offenbach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 100 R. reduziert	Temperatur nach Reaumur	Wind	Ansiht des Himmels	Niederschlag in Pariser Linien
6 u. Mg.	325.74	+ 3.3	SW. mäßig	heiter		
9. 2 „ N.	325.71	+ 7.1	SW. mäßig	ganz bew.		0.00
10 „ Ab.	327.35	+ 4.8	SW. mäßig	ganz bew.		
6 u. Mg.	328.68	— 1.4	W. f. schwach	bewölkt		
10. 2 „ N.	329.48	+ 9.0	NW. f. schw.	f. ganz bew.		0.00
10 „ Ab.	330.18	— 2.5	NW. f. schw.	heiter		

Den 9. Morgens heiter, später bewölkt, tagüber geschlossene Wolkendecke, windig. — Den 10. Vormittag Aufheiterung. Mittags Schäfchenwolken, die Bewölkung zunehmend, Nachmittags Aufheiterung. Milder frühlingmäßiger Tag. Abendroth.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.